

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Frankenberger Tageblatt erscheint an jedem Dienstag: Sonntags-Feiertage  
Bei 10000 in den Hauptstädten der Welt 1.00 M., in den Neben-  
städten des Reichsstaates 1.00 M., bei Bezugung im Auslande 1.00 M.  
Bei Bezugung im Auslande 1.00 M.

Postkosten 50 Pf., Telegraphen 10 Pf., Sonntagsausgabe 20 Pf.  
Postleitzahl 22201. Sonnenbergstrasse 1, Frankenbergs.  
Telegraphen 51. Telegramm: Tagblatt Frankenbergs.

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 24 zum ersten einzuhaltende  
Zeitung beträgt 80 Goldmark, für die 12 zum zweiten amtlische Seite  
80 Goldmark, für die 12 zum dritten Seite im Absatzpreis 80  
Goldmark. Mehr Anzeigen hat bei Aufgabe zu bezahlen. Der Absatz  
und Verzehrung 2 Seite kostet je 1 Goldmark. Für Werbung und  
Anzeigenpreisen verhältnis. Bei größtem Aufschlag und im Wider-  
spruch dazu Verzehrung nach höherer Stelle.

**Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Züha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa bestimmt Blatt**  
**Rotationsdruck und Verlag: G. O. Körberg (Jah. Ernst Körberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Elegert in Frankenberg**

N 285

Donnerstag den 8. Dezember 1927 nachmittags

86. Jahrgang

## Kurzer Tagespiegel

In der gestrigen öffentlichen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates wurde die Verhandlung über den polnisch-litauischen Konflikt eröffnet.

Nach einer Genfer Information schwieben zwischen England, Frankreich und Italien Verhandlungen über ein großzügiges Tauschgeschäft im Mittelmeer, das im wesentlichen auf Kosten Spaniens durchgeführt werden soll.

Die Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Warschau haben einen befriedigenden Verlauf genommen.

Die fünf ständigen Ratsmitglieder haben definitive Vorschläge für die Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes ausgearbeitet.

Auf der Tagesordnung des heutigen Völkerbundsrates stehen die überholtische Schulfrage sowie Dampfer Fragen.

Reichskanzler Dr. Marx gab gestern ein Essen zu Ehren des Reichspräsidenten.

Marschall Piłsudski ist nach Genf abgereist.

In Germersheim hat sich die Besatzung neue Ausschreitungen zuzuladen kommen lassen.

## Wirth und Jembusch

(Eigenes Informationsdienst.)

Berlin, 8. Dezember.

Im Zentrumkreis ist man über das Verhalten Dr. Wirths sehr erzürnt, da dieser vor gestern durch seine Zustimmung zu dem sozialdemokratisch-kommunistischen Mützenauensymposium dem Zentrumsständer und den beiden anderen Zentrumsministern sein direktes Mitrauen ausgesprochen habe. Reichsfinanzminister Dr. Röhl er hat daraufhin eine längere Aussprache mit Dr. Wirth gehabt, die aber ohne positives Ergebnis verlaufen ist.

Das Zentrum beurteilt die Disziplinarlosigkeit von Dr. Wirth umso schärfer, als sie bereits Schule gemacht hat. Der Zentrumsabgeordnete Jembusch, der erst kürzlich in Gelsenkirchen den Reichskanzler wegen der Befolgsvorlage auf das Schärfste angegriffen hat, sprachte während der entscheidenden Abstimmung in der Mandelhalle unter, ohne seine Stimme abgeben zu haben. Das Zentrum wird geeignete Maßnahmen er wägen, um derartige Absonderungen für die Zukunft unmöglich zu machen.

## Reichswehrminister Dr. Gehler über die politische Stellung der Reichswehr

Berlin, 7. 12. Wie ein Berliner Blatt aus Dresden meldet, sprach Reichswehrminister Dr. Gehler dort auf Einladung des Vorstandes der Studentenschaft über die politische Stellung der Reichswehr seit 1918. Der Minister wies u. a. darauf hin, dass er sich bewusst habe, die Reichswehr aus dem politischen Kampf herauszuzeichnen und sie als eine zuverlässige Stütze der Regierung und zwar jeder verfassungsmäßigen Regierung auszubauen. Er glaubte, dass ihm das gelungen sei. Die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr hätten den Eid auf die Verfassung geleistet und den werden sie auch halten. Zur Flaggendrage erklärte Dr. Gehler, eine Veranstellung, in der die Reichsfarben nicht gezeigt werden dürfen, sei nicht mehr als politisch neutral anzusehen.

## Kritik der engl. Rüstungspolitik

London, 8. 12. (Funkspruch.) Sir Herbert Samuel erklärte in einer Rede über den Stand der englischen Rüstungen, die Regierung habe festgestellt, dass Großbritanniens Rüstungen sowohl eingeschränkt seien, wie es mit der nationalen Sicherheit vereinbar sei. Sie bleibe aber die Antwort schuldbar, warum die englischen Rüstungsausgaben gemessen an dem veränderten realen Wert nur etwa 7 Prozent hinter dem Ausgabenbetrag nach Beendigung des Krieges zurückliegen. Die Wirtschaft und die engste Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sollen nach seiner Ansicht die Grundpfeiler der englischen Außenpolitik sein. Indessen scheine es, dass Großbritannien sich in unzureichende Auseinandersetzung einlasse. Der Fehlschlag der Rüstungsabstimmungskonferenz in Genf könne zu sehr ungünstlichen Ergebnissen führen.

## Der polnisch-litauische Konflikt

### Woltemaras drei Forderungen

Genf, 7. 12. In der heutigen öffentlichen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates beantragte der litauische Ministerpräsident Woltemaras nach eingehender Darlegung der Ereignisse, die sich seit dem Oktober dieses Jahres zwischen Polen und Litauen abgespielt haben, neue Maßnahmen des Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen Konfliktes:

1. Der Völkerbundrat soll eine internationale Kontrollkommission schaffen, die sich an Ort und Stelle, und zwar an beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze über die militärische Lage an der Grenze informieren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll.
2. Die litauische Regierung beantragt, dass die polnischen Banden im Gebiet von Wilna aufgedeckt werden. Sie ist der Ansicht, dass die Organisation dieser Banden eine dauernde ernsthafte Bedrohung Litauens bedeute. Sie seien geschaffen worden, um Litauen zu besetzen. Die litauische Regierung sei der Ansicht, dass die Organisierung der Banden in Litauen der polnischen Regierung zur Last gelegt werden müsse und einem direkten militärischen Angriff Polens auf Litauen gleichstehen.
3. Die litauische Regierung beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der tatsächlichen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationalität ergriffen hat.

Die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten im Völkerbundrat dauerten etwa dreiviertel Stunden. Anschließend ergab sodann der polnische Außenminister Zaleski das Wort.

### Die Beurteilung in Nowo

#### Neue Direktive für Woltemaras

Kowno, 7. 12. In heutigen politischen Kreisen sieht man den heutigen Verhandlungen des Völkerbundsrates in dem litauisch-polnischen Konflikt mit großem Interesse entgegen. Die Stellung des Ministerpräsidenten Woltemaras hat sich, wie festgestellt werden kann, auf Grund der hier vorliegenden Informationen mehr und mehr gefestigt. Man ist sich hier darüber klar, dass ein Kompromiss in dem Sinne, dass der Kriegszustand aufhört und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen wieder aufgenommen werden sollten, für Litauen praktisch ein Nachgeben auf der ganzen Linie bedeutet würde. An dieser Tatsache würde ein litauischer formeller Vorbehalt, dass Litauen auf seinem Anspruch auf Wilna niemals verzichten könnte, nicht das geringste ändern. In jüngsteren und zur Vorgeschichte des Konflikts Eliteschulen bekannt gewordenen, die nicht geeignet sind, die Stimmung für ein Kompromiss generieren zu machen. So hört man, dass die von Pleischkeits auf dem bekannten, nur von etwa 40 Personen besuchten Emigrantenkongress in Kowno eingebrachte Resolution von dem dortigen polnischen Gesandten Latalowicz und dem Chef der Ostabteilung im polnischen Außenministerium Hołowiak redigiert worden war. Man sieht darin einen Beweis, dass es Piłsudski darauf auskommt, gleichgültig mit welchen Mitteln, Litauen zu polarisieren. Eine militärische Übermacht Litauens kommt nach dem Eingreifen der Westmächte jetzt nicht mehr in Frage, dagegen würde die allmähliche Polonisierung und propagandistische Überflutung des durch die gewaltige Abtreibung des Wilnagediebtes geschwächten Litauens nach den Abschlüssen des von den Ratsmächten in Genf anscheinend erwogenen Kompromisses nur eine Frage von wenigen Jahren sein.

Unter diesen Umständen betont man hier, dass der heutige Völkerbundrat anhängig gemacht polnisch-litauische Konflikt in der Hauptstadt die Vergemachung litauischer Schulen im Wilnagedieb zum Gegenstand hat. Wie man hört, soll deshalb auch die Taktik der litauischen Delegation in Genf dahin gehen, die Verhandlungen auf das eigentliche Thema des Schulkonfliktes wieder zurückzuführen und daraus zu beschließen, in der Erkenntnis, dass eine direkte Lösung des gesamten Konfliktes in Genf doch nicht erwartet werden kann.

### Vorschläge der fünf Ratsmächte

Genf, 7. 12. In der gestrigen Aussprache der fünf Mächte ist, wie von gut informierter deutscher Seite mitgeteilt wird, in großen Zügen eine Lösung des polnisch-litauischen Konflikts vorgesehen worden. Es handelt sich um folgende Punkte, die in den Bericht des Rechtschafften an den Rat aufgenommen werden sollen:

1. Rennitnahmen der letzten Note der polnischen Regierung, in der Polen die politische Unabhängigkeit Litauens anerkennen und die territoriale Integrität Litauens garantieren will.
2. Eine Empfehlung an die litauische Regierung, anlässlich dieser polnischen Erklärung den Kriegszustand aufzuhören.
3. Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Polen und Litauen, eventuell unter Mitwirkung des Völkerbundsrates oder einzelner Persönlichkeiten oder Regierungen, die dem Völkerbund angehören.
4. Litauen stellt fest, dass die Aufhebung des Kriegszustands sowie die Wiederaufnahme normaler Beziehungen seineswegs die Stellung Litauens zur Wilnafrage präzisiert.
5. Der Rat oder einzelne Mächte können eine Sonderkommission zur Prüfung der Lage an der polnisch-litauischen Grenze.

Die Ratsmitglieder haben über diesen Vorschlag eine grundsätzliche Einigung erzielt.

### Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen

Berlin, 7. 12. Über den Verlauf der Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Wirtschaftsführern in Berlin wird mitgeteilt:

Die Industrielokomission hat die allgemeinen Fragen des Handelsvertrages, die sich auf industrielle Produkte beziehen, erörtert und alsdann eine Reihe von einzelnen Fragen, namentlich bezüglich Kohle, Eisen und Eisen, sowie die verarbeitenden Industrien eingehend besprochen. Die allgemeine Auffassung der deutschen und polnischen Teilnehmer ging dahin, dass die Aussprache nützlich gewesen ist und dass sie am zweitägigen Anfang durch weitere fachliche Besprechungen fortgesetzt werden sollte. In ähnlicher Weise unterzog die Kartellkommission die land- und forstwirtschaftliche Lage beider Staaten einer eingehenden Erörterung. Es ergab sich Einverständnis darüber, dass eine wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern anstreben und die militärische Aussprache geeignet sei, die einschlägigen Fragen zu klären.

Es sind nun starke Bestrebungen im Gange, die das Zentrum verlassen wollen, hier auf keinen Fall nachzugeben. Es wird darauf hingewiesen, dass das Gesetz für die katholischen Minderheiten nicht den geringssten Zweck hätte, wenn katholisch-konfessionelle Schulen erst auf Antrag von 60 oder gar von 120 Eltern eingerichtet werden könnten. Eine solche Zahl sei in der Diaspora, also in Sachsen und Thüringen, aber auch in Pommern, der Mark Brandenburg und Schleswig-Holstein vielfach nicht aufzutreiben. Die Kinder dieser Katholiken müssten also Gemeinschaftsschulen besuchen, während das Zentrum doch ursprünglich die Absicht hatte, mit dem Reichsschulgesetz gerade den Katholiken der Diaspora die Erfüllung ihrer Schulwünsche zu ermöglichen. Dies könnte aber nur gegeben, wenn auch die evangelische Schule als „geordneter Schulbetrieb“ anerkannt wird, während die Volkspartei befürchtet nur eine achtstufige Lehranstalt gestalten lassen will.

Es ist noch nicht abzusehen, wie diese Meinungsverschiedenheit ausgleichen werden soll.

Es wird dies um so schwieriger sein, als hier zum ersten Mal die gegenseitigen konfessionellen Interessen in Erscheinung treten, während es sich bisher immer um Weltanschauungsfragen gehandelt hat.

Die Volkspartei steht auf dem Standpunkt,

dass die Errichtung derartiger „Zweigschulen“

das Bildungsmonopol des ganzen Volkes herunterdrücken müsse, da man in ihnen unmöglich soviel lernen könne wie in einer mehrstufigen Schule.

Daneben steht das Zentrum, dass es ja die Kinder seiner Abhänger wären, die diese Schulen besuchen sollten und es die volle Gewalt übernehmen, dass auch in ihnen gelehrt werden würde, was nötig sei.

Die Volkspartei macht jedoch geltend, dass die Kosten für alle diese neuerrichteten Schulen doch gerade von den Gemeinden getragen werden müssten, die vorzugsweise aus Protestanten bestanden, denen man es nicht zumutet.

Die Kosten müssen mit ihrem Geld Schüler für die katholischen Minderheiten einrichten,

das Zentrum wiederum erhält, die Katholiken hätten also Staatsbürger genau dieselben Rechte

und für ihre Kinder müsste auch, wo sie in der Minderheit wären, genau so Schulen eingerichtet werden wie für die evangelische Bevölkerung.

Die Ansichten stehen sich auch sehr scharf gegenüber, und es ist klar, dass bei diesem Punkt die eigentliche „Gefahrenzone“ liegt, die überwunden werden muss, wenn das Gesetz zustande kommen soll.

## „Geordneter Schulbetrieb“

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 8. Dezember.

Das Schicksal des Reichsschulgesetzes, das sich bisher so glücklich zwischen allen beobachtet hat und den Hosen fast schon erreicht zu haben schien, scheint plötzlich festzustehen, und so wird großer Mühe bedürfen, um es wieder flott zu machen. Die Idee, die ihm verdeckt zu werden droht, ist der Begriff des geordneten Schulbetriebes.

Doch sich der Konflikt auf diesen Punkt zuschießt, wie jedem, der die Verhandlungen im Bildungsausschuss ausserst verfolgt hat, schon seit längerer Zeit klar geworden. Es ist dies nämlich die einzige Bestimmung, bei der die Deutsche Volkspartei die Front der Koalition verlassen hat und mit der Opposition zusammen vorgegangen ist, so dass diese die Mehrheit erlangt hat und die vorherrschende Fassung des Gesetzes in dieser Beziehung nicht unwechselt verändert worden ist.

Das Zentrum hat bereits unmittelbar nach der entscheidenden Abstimmung angehoben,

3. Litauen stellt fest, dass die Aufhebung des Kriegszustands sowie die Wiederaufnahme normaler Beziehungen seineswegs die Stellung Litauens zur Wilnafrage präzisiert.

4. Litauen stellt fest, dass die Aufhebung des Kriegszustands darüber, dass eine wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern anstreben und die militärische Aussprache geeignet sei, die einschlägigen Fragen zu klären.

5. Der Rat oder einzelne Mächte können eine Sonderkommission zur Prüfung der Lage an der polnisch-litauischen Grenze.

Es sind nun starke Bestrebungen im Gange, die das Zentrum verlassen wollen, hier auf keinen Fall nachzugeben. Es wird darauf hingewiesen, dass das Gesetz für die katholischen Minderheiten nicht den geringssten Zweck hätte, wenn katholisch-konfessionelle Schulen erst auf Antrag von 60 oder gar von 120 Eltern eingerichtet werden könnten. Eine solche Zahl sei in der Diaspora, also in Sachsen und Thüringen, aber auch in Pommern, der Mark Brandenburg und Schleswig-Holstein vielfach nicht aufzutreiben.

Die Kinder dieser Katholiken müssten also Gemeinschaftsschulen besuchen, während das Zentrum doch ursprünglich die Erfüllung ihrer Schulwünsche zu ermöglichen.

Dies könnte aber nur gegeben, wenn auch die evangelische Schule als „geordneter Schulbetrieb“ anerkannt wird, während die Volkspartei befürchtet nur eine achtstufige Lehranstalt gestalten lassen will.

Es ist noch nicht abzusehen, wie diese Meinungsverschiedenheit ausgleichen werden soll.

Es wird dies um so schwieriger sein, als hier zum ersten Mal die gegenseitigen konfessionellen Interessen in Erscheinung treten, während es sich bisher immer um Weltanschauungsfragen gehandelt hat.

Die Volkspartei steht auf dem Standpunkt,

dass die Errichtung derartiger „Zweigschulen“

das Bildungsmonopol des ganzen Volkes herunterdrücken müsse, da man in ihnen unmöglich soviel lernen könne wie in einer mehrstufigen Schule.

Daneben steht das Zentrum, dass es ja die Kinder seiner Abhänger wären, die diese Schulen besuchen sollten und es die volle Gewalt übernehmen, dass auch in ihnen gelehrt werden würde, was nötig sei.

Die Volkspartei macht jedoch geltend, dass die Kosten für alle diese neuerrichteten Schulen doch gerade von den Gemeinden getragen werden müssten, die vorzugsweise aus Protestanten bestanden, denen man es nicht zumutet.

Die Kosten müssen mit ihrem Geld Schüler für die katholischen Minderheiten einrichten,

das Zentrum wiederum erhält, die Katholiken hätten also Staatsbürger genau dieselben Rechte

und für ihre Kinder müsste auch, wo sie in der Minderheit wären, genau so Schulen eingerichtet werden wie für die evangelische Bevölkerung.

Die Ansichten stehen sich auch sehr scharf gegenüber, und es ist klar, dass bei diesem Punkt die eigentliche „Gefahrenzone“ liegt, die überwunden werden muss, wenn das Gesetz zustande kommen soll.

## Ein neuer Zwischenfall in Germersheim

Berlin, 8. 12. Die Berliner Blätter melden, dass sich dieser Tage in Germersheim ein neuer Beleidigungszwischenfall ereignet hat. Ein Maurer, der mit einem Lehrling einen Handwagen zog, zog einer von hinten kommenden Kompanie fr